

25 Jahre ohne Regierungsbunker



Am 9. Dezember 1997 rückt das Ende des kalten Krieges mit reichlich Verspätung im staatsgeheimen Teil des Ahrtals ein. Das Bundeskabinett um Kanzler Kohl beschließt die Aufgabe des Regierungsbunkers.

Nach 26 Dienstjahren ist Schluss für diese außergewöhnliche Bundesimmobilie.

Eine Entscheidung, die zum 25. Jahrestag der Schließung durchaus kontrovers diskutiert wird.

Denn zum einen klafft seitdem eine markante Sicherheitslücke im Krisenmanagement oberster Bundesbehörden. Zum anderen wurde damals vor dem Hintergrund einer aktuellen Gefahrenbeurteilung etwas aufgegeben, auf das die Bundesrepublik langfristig nicht verzichten konnte.

Enorme Unterhaltungs- und Personalkosten, ein über die Jahre aufgelaufener Modernisierungstau sowie Brandschutzbedenken werden als Argumente für die Schließung genannt. „Unter Einbeziehung der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage und der Kosten-/Nutzenabwägung ist die Anlage entbehrlich“, beschreibt das im Bundesinnenministerium 1997 verfasste Geheimpapier O I 4a – 722 100/1 VS-NfD.

Doch ein Viertel Jahrhundert später wirken diese Einschätzungen eher naiv als wohl durchdacht. War der Blick auf geopolitische Entwicklungen zu kurzfristig? Wurden die Transformationsprozesse östlicher Supermächte unterschätzt? Wie auch immer entsprechende Antworten heute ausfallen mögen: mit der Schließung des Regierungsbunkers wurde ein sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel vollzogen, der bereits mit der Schließung aller Landesbunker 1993 eingeleitet wurde. Das komplexe Krisenmanagementsystem des kalten Krieges auf Bund-Länderebene war damit Geschichte.

Der Regierungsbunker als Inzellösung konnte insofern schon vier Jahre vor seinem Showdown nur noch die Arbeitsfähigkeit oberster Bundesbehörden in einer Krise sicherstellen. Wobei Krise längst nicht mehr mit Krieg gleichgesetzt wurde. Eine präzise Aussage, was genau durch wen in den 1990er Jahren aus den Tiefen des Ahrtals bearbeitet werden

sollte, gab es nicht mehr. Die Belegungspläne wurden sukzessive ausgedünnt von 3.000 auf letztlich 950 Plätze. Ministerien des nachgelagerten Krisenmanagements waren gar nicht mehr für den Bunker vorgesehen.

Die Anlage selbst sollte in Teilbereichen geschlossen werden. Verhandelt wurde dabei über die Bauteile des Westteils. Eine Lösung, mit der sich auch die Dienststellenleitung um Gerhard Kroll (1942-2020) insgeheim arrangiert hatte. Am 9. Dezember 1997 um 14 Uhr klingelt dann das Kroll'sche Diensttelefon, wenig später tritt der Bunkerchef vor seine Mitarbeiter. Die machen an diesem Tag Feierabend im Bewusstsein, gerade den stets „bombensicher“ geglaubten Arbeitsplatz verloren zu haben. Bereits am Folgetag gehen allen bunkerinvolvierten Ministerien und Ämtern Schreiben des Bundesinnenministeriums zu, ihre Akten und Unterlagen aus dem Regierungsbunker abzuholen. Die entsandten Gruppen sind die Spitze eines Trauerzuges, dem bald Journalisten, Kaufinteressierte und Rückbauer folgen werden. Die Dienststelle Marienthal wird zum 1. Oktober 1998 aufgelöst. Seitdem muss die Bundesrepublik Deutschland ohne Ausweichsitz für ihre Verfassungsorgane klarkommen.

25 Jahre war das für die Politik weder Thema noch ein Problem.

(9. Dezember 2022)

1971 fertig gestellt, wird der Regierungsbunker 1997 wieder geschlossen, 1998 (Foto) abgewickelt und ab 2001 abgerissen. 25 Jahre nach der Schließung herrscht Krieg in Europa und wird die damalige Entscheidung kontrovers diskutiert.